

Grundsatzbeschluss - Planung und Bau eines Zentrums der kommunalen Abfallwirtschaft

I. Stellungnahme der Kämmerei

Wie bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen erläutert wurde kann der städtische Haushalt diese gewaltige Investitionssumme aufgrund der aktuellen Haushaltsnotlage nicht finanzieren, ohne an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen. Fast 40 Mio. € sind aufgrund der für den Planungszeitraum bestehenden Deckungslücke nicht darstellbar.

Daher wurde unter TOP 4 der Haushaltsberatungen (hier laufenden Nr. 69) beschlossen, dass Projekt Abfallwirtschaftszentrum aus der Mittelfristigen Investitionsplanung 2023-2027 (MIP) zu streichen. Gleichwohl wurde die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten der Realisierung des Abfallwirtschaftszentrums mittels Vorfinanzierung der Investitionskosten durch Dritte, insbesondere im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP), zu prüfen. Dieses Ergebnis bleibt abzuwarten.

II. BMPA/SD als Anlage zur Vorlage Nr.: **Abf/0211/2023**

5. Dezember 2023
Käm

gez. Dr. Röhrs, Amtsleiter
Unterschrift